

Von: international@fair-fish.net [<mailto:international@fair-fish.net>]

Gesendet: Donnerstag, 9. Juni 2016 17:20

An: _GS-UVEK-Info <info@gs-uvek.admin.ch>

Betreff: zHv Frau Bundesrätin Doris Leuthard: Atommüll im Meer: Aufruf zu entschiedenem Handeln

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard

Rund 300'000 Tonnen Atommüll lagern in den Tiefen der Meere, mehr als ein Drittel davon vor Europas Küsten. Seit den 1960er Jahren haben europäische Länder, allen voran Deutschland, den Müll aus ihren AKWs auf billigste Weise «entsorgt», drei Jahrzehnte lang, bis die Proteste dagegen zu störend geworden waren.

Inzwischen rosten die versenkten Fässer vor sich hin. Bereits lassen sich Spuren von Plutonium in der Tiefsee nachweisen – und Spuren von diesem hochgiftigem Teufelszeug genügen! Es reichert sich in der Nahrungskette an und landet schliesslich auf unseren Tellern.

Aber nicht nur unsere Mägen sind in Gefahr, sondern das Leben in den Ozeanen, die drei Viertel unserer Erde bedecken. Wenn die Ozeane tot sind, sind wir es auch.

Einen Tag nach dem Abfeiern des Weltmeerestags fordern wir die Bundesregierung auf, eine europäische Initiative anzustossen, die zwei Aufgaben anpackt:

- eine permanente Überwachung der verklappten Fässer in der Tiefsee
- die Bergung und sicherere Verwahrung aller lecken Fässer

Die kleine Schweiz ist für 5 Prozent der weltweit verklappten Radioaktivität verantwortlich und darum in besonderer Pflicht, den Schaden beheben zu helfen.

Gleichlautende Schreiben gehen an den EU-Kommissar für Umwelt, Meer und Fischerei (EU: 45% der weltweit verklappten Radioaktivität), an die Regierungen Grossbritanniens (41%), Deutschlands (Pionier der Atommüllverklappung in Europa) und Russlands (45%) sowie an den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Agentur, den wir auffordern, parallel eine globale Initiative mit den genannten zwei Aufgaben zu lancieren.

Wir danken Ihnen für Ihr Handeln.
Beste Grüsse

Verein fair-fish international

Billo Heinzpeter Studer
Präsident

Von: <registratur@gs-uvek.admin.ch>
Betreff: AW: Engagement der Schweiz bezüglich Atommüll im Meer
Datum: 8. August 2016 12:16:54 MESZ
An: <international@fair-fish.net>

Sehr geehrter Herr Studer

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage zum Engagement der Schweiz bezüglich Atommüll im Meer. Die Schweiz legt, obwohl es ein Binnenland ist, grossen Wert auf den Schutz der Weltmeere. Die Schweiz hat im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) sämtliche wichtigen Übereinkommen zum Schutz der Meere ratifiziert. Sie unterstützt auf multilateralem Weg Bestrebungen zum besseren Schutz der Umwelt auf der Hochsee, unter anderem als Mitglied des Umweltprogramms der UNO UNEP sowie als Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen UNCLOS und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD.

Die Schweiz ist Vertragspartei der London Dumping Convention (Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter) und hat als einer der ersten Staaten im Jahre 2000 das London Protocol, das die London Convention letztendlich ersetzen soll, genehmigt. Das London Protocol verbietet nicht nur die Entsorgung von radioaktivem Abfall auf, sondern auch im Meeresboden und im tieferen Meeresuntergrund.

Zwischen 1969 und 1982 versenkte die Schweiz 5341 Tonnen schwach- und mittelaktive Abfälle an drei Standorten im Atlantik. Die versenkten Fässer lagern in einer durchschnittlichen Tiefe von 4 400 m. Die Standorte sind mindestens 700 km von den Küsten entfernt. Während mehreren Jahren wurde ein internationales Überwachungsprogramm mit Schweizer Beteiligung durchgeführt. Dieses zeigte, dass die Versenkungen zu keinen unzulässigen Strahlenbelastungen geführt haben. Angesichts dieser Tatsache lässt sich eine Bergung der Abfälle nicht rechtfertigen. Aufgrund der Ergebnisse des Überwachungsprogramms sah das zuständige internationale Gremium keinen radiologischen Grund für eine permanente Überwachung der verklappten Fässer in der Tiefsee.

Die Thematik wird dennoch von verschiedenen Stellen in der Bundesverwaltung (Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat, Bundesamt für Energie, Schweizerisches Seeschiffahrtsamt und Bundesamt für Umwelt) aufmerksam verfolgt.

Freundliche Grüsse

Doris Leuthard
Bundesrätin